Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 257. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Donnerstag, den 3. November 1927**

Zehn Jahre Sowjetherrschaft.

Am 7. November wird man in Rußland große Feste feiern zum Gedenken des Tages, da die Bolschewisten die Kerenski-Herrschaft, also sozusagen die bürgerliche Revolution, über den Haufen rannten. Möglich geworden war es ihnen wohl vor allem, weil Kerenski der Entente zuliebe den Krieg gegen Deutschland fortgesetzt hatte und nun die Bolschewisten die Millionen durch den Ruf: Kriegsbeendigung! rasch gewinnen konnten.

Ebenso rasch sind die Bolschewisten aufs Ganze gegangen, ohne irgendwelche Nachsicht selbst gegen die Freunde von gestern, und mit entschlossenster Rücksichtslosigkeit gegen alles, was in der marxistischen Denkungsart als „Bourgeoisie" bezeichnet wurde. Was in der Französischen Revolution vor sich ging, war eine Harmlosigkeit demgegenüber, was in Rußland geschah. Dazu der Existenzkampf der neuen Bolschewistenherrschaft gegen die Feinde von draußen her, England namentlich, und die Gegner im Innern, die wiederholt unmittelbar vor dem siegreichen Ende standen. Doch die Welt lebt so schnell, daß dies alles schon lange hinter uns zu liegen scheint, obwohl nach dem Siege des Bolschewismus' fast alle Nachbarländer die Ausstrahlungen verspürten, Deutschland und Ungarn, Italien ebenso wie Bulgarien, aber auch Vorderasien und der Ferne Osten.

Man hat dem Bolschewismus sehr oft den Tod vorausgesagt, tut es bisweilen auch heute noch: denn sein großer Gegenspieler ist die Weltnacht England. Aber er wird doch wohl nur sterben, wenn er von innen heraus durch die russischen Millionen selbst, erledigt wird. Die Versuche zur Weltrevolutionierung — man denke nur an die letzten Vorgänge in China — sind grundsätzlich noch immer nicht aufgegeben, wohl aber praktisch. Der Kampf zwischen Trotzki—Sinowjew und Stalin—Tschitscherin ist doch nur ein Machtkampf, von bolschewistischen oder realpolitischen Phrasen schlecht umhüllt. Aber man war doch schon 1922 nach Genua gegangen und konnte dort den ersten großen Triumph, den Abschluß des Vertrages von Rapallo, feiern, durch den Deutschland das sowjetrussische Regierungssystem als zu Recht bestehende Macht anerkannte.

Allbekannt ist es, daß man aber seitdem politisch nicht mehr recht vorwärtskam, weil die anderen Mächte, auch Frankreich, immer wieder durch bolschewistische Agitationsversuche im eigenen Lande vergrollt wurden. Der innere Wiederaufbau, gehemmt durch wirklichkeitsfremde Theorien, beschränkte sich in der Hauptsache auf das ureigenste Gebiet Rußlands, die Landwirtschaft. Auch hier die große Umwälzung: Übergang des oft riesenhaften Großgrundbesitzes in die Hände der Bauern. Die Stillung des Landhungers im russischen Bauerntum hat dieses wenn auch wohl nicht zum Freunde, so doch jedenfalls zum Interessenten an der Erhaltung des Bolschewismus gemacht.

Sowjetrußland bietet das gewaltigste, vielleicht auch furchtbarste Beispiel der Weltgeschichte für eine Revolution, die das Äußere des Staates von unten bis oben umkrempelte. Ob daraus auch eine allmähliche innere Umstellung werden kann, das zu beurteilen ist für den Mittel- und Westeuropäer kaum möglich. Eines ist jedenfalls mit dem Zarismus auf ganz unabsehbare Zeit beseitigt: es ist die drohende Gefahr einer Überflutung Europas durch den Panslawismus, die Idee eines Peters des Großen bis hin zu Alexander III. Denn der jetzt herrschende Bolschewismus hat viel zuviel mit sich selbst zu tun und seine Macht steht noch nicht auf den eisernen Füßen des Zartums. Freilich ist er trotzdem immer zur Stelle, wenn es irgendwo brodelt und gärt, aber je mehr Jahre hinweggehen über Rußland, desto stärker wird er aus den wilden Jugendzeiten und -träumen zu einer nüchternen Auffassung des Weltgeschehens und seiner eigenen Aussichten und Möglichkeiten gelangen. Erst langsam füllt sich auch das riesige wirtschaftliche Loch, das von der russischen Revolution gerissen wurde, tritt das 120-Millionen-Volk im Osten wieder als Verbraucher und Erzeuger in den Wirtschaftskreis Europas und der Welt ein.

Man muß mit dem Bolschewismus rechnen, da er vorhanden ist und Macht bedeutet. Wie lange er das bleibt, ist eine Angelegenheit, die gerade wir Deutsche nicht prüfen wollen; besser ist es, in die politische Rechnung Wirklichkeiten einzustellen als irgendwelche Wünsche.

Das Gilbertmemorandum wird Sonntag veröffentlicht.

Berlin, 2. November. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit Reparationsfragen und dabei auch mit der Beantwortung des Memorandums des Reparationsagenten. Nachdem im In- und Auslande die verschiedensten irreführenden Mitteilungen über seinen Inhalt veröffentlicht sind, hält es die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reparationsagenten für richtig, den vollen Wortlaut des Memorandums zusammen mit der Antwort der Reichsregierung bekannt zu geben. Die Veröffentlichung wird voraussichtlich am kommenden Sonntag erfolgen.

Dr. Köhlers neue Steuerpläne

Der Reichsfinanzminister über Steuerreformen.

Aussprache im Reichshaushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte seine Beratungen über die Besoldungsvorlage und in Verbindung damit die Aussprache über die Finanzlage des Reiches fort. Abg. Lucke (Wirtsch. Vgg.), der den Reigen der Redner eröffnete, erklärte, daß seine Partei der Besoldungsvorlage nur dann zustimmen könne, wenn ihrem Antrage entsprochen werde, den Haushaltsplan für 1928 in den Ausgaben im Verhältnis zum Jahre 1927 um 10 Prozent zu vermindern. Abg. Leicht (Bayer. Vp.) bezweifelte, daß der Reichsfinanzminister die beabsichtigte Besoldungserhöhung ohne weitere Einnahmen werde durchführen können. Der Optimismus des Finanzministers sei ihm ein Widerspruch in sich. Abg. Herz (Soz.) bedauerte, daß Deutschland die Geldflüssigkeit des Auslandes unbenutzt habe vorübergehen lassen. Abg. Fischer-Köln (Dem.) schlug vor, einen kleinen Unterausschuß zur Schätzung und Prüfung der Steuern für 1927 und 1928 einzusetzen. Er verlangte ferner Auskunft über die Frage der Lohnsteuersenkung, über die Vermögenszuwachssteuer, über Steuerrückstände, über die eingefrorenen Kredite, über das Kriegsschädenschlußgesetz und über die Rückstände aus der Zigarettensteuer.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

wandte sich gegen den Vorwurf, daß er einen frisierten Etat vorgelegt habe. Im übrigen ging er auf die einzelnen Wünsche und Fragen der Abgeordneten ein und führte hierzu aus: Über eine

Entschuldungsaktion zugunsten der schwer leidenden Landwirtschaft

finden Besprechungen unter den Ressorts statt. Von einer Zinsverbilligung ist mir aber in diesem Zusammenhang nichts bekannt. Der Gesetzentwurf über die

Nacherhebung der Vermögenszuwachssteuer

wird dem Reichstag vorgelegt werden. Das Branntweinmonopolgesetz liegt dem Reichstag bereits vor. Die Folgerungen aus der Lex Brüning werde ich entschieden ziehen.

Rückzahlung von Lohnsteuern?

Diese Lex Brüning ist besonders für die Lohn- und Gehaltsempfänger von Wichtigkeit, da der Reichstag seinerzeit beschlossen hat, daß die bei der Lohnsteuer über 100 Millionen Mark im Monat hinausgehende Summe den Lohnsteuerzahlern zurückgezahlt werden soll. Wie es heißt, soll das Reichsfinanzministerium beabsichtigten, mit der Lohnsteuer eine Vorlage über die Einkommensteuer zu verbinden, die noch weiter über dieses Gesetz hinausgeht.

Der Minister fuhr fort: An

Steuerrückständen

hatten wir am 1. April 1927: 610 Millionen, am 1. Juli: 550 Millionen; davon ist aber nur die Hälfte gestundet, die andere ist ohne Stundung nicht bezahlt worden. Wie hoch die Rückstände am 1. Oktober waren, steht noch nicht fest. In der Steuerpolitik und Steuertechnik sind wir noch in einer Übergangszeit. Es werden sich sicherlich diese oder jene Steuern noch ausarbeiten bzw. kleinere Steuern beseitigen lassen.

Von der Dringlichkeit der Reform der Verwaltung

ist das Kabinett durchaus überzeugt. Steuersenkung ist auch unser Wunsch. Auch hierüber werden demnächst Vorschläge gemacht werden. Dem Wunsche, eine Aufstellung über die Vermögensbestände des Reiches in der Form der sogenannten „eingefrorenen Kredite" zu erhalten, wird bei der Etatsberatung entsprochen werden.

Eine grundsätzliche Änderung des Liquidationsschädenschlußgesetzes ist nicht beabsichtigt. Es schweben zurzeit noch Verhandlungen über seine Finanzierung. Was die

Rückstände an Zigarettensteuer anbelangt,

so hat Staatssekretär Dr. Popitz die 40 Millionen Reichsmark nicht als verloren bezeichnet. Auch auf dem Gebiete der Zigarettenbesteuerung werden neue Vorschläge gemacht werden.

Nach einer Rede des kommunistischen Abgeordneten Torgeler war die Generaldebatte abgeschlossen und der Haushaltsausschuß vertagte sich auf Donnerstag. Es wird dann in die Spezialdebatte eingetreten.

Sitzung des Reichskabinetts.

Um das Reparationskommissariat.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch mit der Denkschrift des Reparationsagenten über die Finanzgebarung des Reiches. Die Antwort auf diese Denkschrift soll in den nächsten Tagen erfolgen. Innerhalb des Kabinetts wurde der Vorschlag erörtert, die Denkschrift des Reparationsagenten mit der deutschen Stellungnahme zu veröffentlichen. In politischen Kreisen wird angenommen, daß diese Veröffentlichung im Laufe der Woche erfolgen wird, nachdem die Denkschrift dem Reparationsagenten übergeben worden ist.

Auch die Frage der Schaffung eines Reparationskommissariats wurde besprochen. Das Zentrum soll sich gegen eine solche Stelle ausgesprochen haben, da es darin ein Mißtrauen gegen den Reichsfinanzminister sieht, der ja vom Zentrum in das Reichskabinett gesandt worden ist. Außer der Schaffung eines besonderen Reparationskommissariats wird auch der Gedanke erörtert, das Spezialreferat für Reparationsfragen im Finanzministerium wieder zu besetzen, das bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten des Landesfinanzamtes Köln der Ministerialdirektor v. Brandt innehatte. Ferner wird erwogen, einen aus den Fachleuten der Parteien zusammengesetzten Ausschuß für Reparationsfragen zu bilden.

Die Anleiheberatungsstelle.

Die Anleiheberatungsstelle für die Auslandsanleihen wird auf Grund der vom Kabinett beschlossenen neuen Richtlinien demnächst ihre Arbeit aufnehmen. Die den Ländern gelassene Frist zur Stellungnahme zu den neuen Richtlinien ist am 29. Oktober abgelaufen, ohne daß von den Ländern Einwendungen erhoben worden wären. Die neuen Richtlinien, die eine genauere Prüfung der Voraussetzungen für die Aufnahme von Auslandsanleihen enthalten, andererseits aber auch eine Berufungsmöglichkeit gegen in erster Instanz abgelehnte Anleiheanträge einräumen, können somit in Kraft treten.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages für Beibehaltung der Todesstrafe.

Berlin, 2. November. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages führte am Mittwoch nachmittag die Aussprache über die Todesstrafe zu Ende. Der Ausschuß beschloß mit 17 gegen 11 Stimmen, die Anträge auf Abschaffung der Todesstrafe abzulehnen.

Gedächtnisfeier an deutschen Kriegergräbern.

Die Kriegergräber in Frankreich.

Auf dem Pariser Friedhof Bagneux-Montrouge fand an den deutschen Kriegergräbern eine Gedächtnisfeier statt, in deren Verlauf Botschafter von Hoesch in dankbarer Erinnerung der Toten gedachte, die in Frankreichs Erde bestattet sind. Mehrere deutsche Friedhöfe auf französischer Erde, so führte der Botschafter aus, sind vollständig instandgesetzt und mit neuen Grabsteinen versehen worden. 23 Friedhöfe im Gebiet der Somme und an der Maas sind auf Kosten des Volksbundes für deutsche Kriegergräberfürsorge mit Baumalleen bepflanzt worden. Die Fürsorge hat sich auch ausgedehnt auf die Kriegerdenkmäler, die während des Krieges von unseren Truppen in Frankreich errichtet worden waren. Ein Teil von diesen Denkmälern ist von uns bei der Umbettung aufgegebener Friedhöfe nach den neu angelegten Sammelfriedhöfen übergeführt worden. Andere Denkmäler, die zerstört oder beschädigt waren, wurden wieder instandgesetzt. Dabei hat sich auch die Möglichkeit ergeben, die Kriegerdenkmäler aus der Zeit von 1870/71 in der Umgebung von Metz wiederherzustellen und an ihren alten Stellen wieder zu errichten.

Der Botschafter stellte fest, daß in den letzten Jahren der Besuch der deutschen Kriegergräber in Frankreich durch Angehörige aus der Heimat stark zugenommen habe. Trotz allem Geschehenen bleibe doch noch manches zu tun übrig. Er sei mit den zuständigen deutschen und französischen Stellen weiterhin bemüht, nach Möglichkeit das hohe Ziel der Sicherung und Ausschmückung der deutschen Totenstätten zu erreichen. Botschafter v. Hoesch hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß in diesem Jahre die Zahl der Deutschen, die zur Ehrung der auf den Schlachtfeldern Gefallenen eingetroffen sei, sich wesentlich erhöht habe. Als ein Ereignis von besonderer Bedeutung führte er die Wiedereröffnung der deutschen evangelischen Kirche in Paris an und fügte hinzu, daß Reichspräsident von Hindenburg, an dessen 80. Geburtstag die Kirche wieder eröffnet wurde, ihn ersucht habe, der deutschen Kolonie in Paris für die Ehrung, die man ihm hierdurch zuteil werden ließ, wärmsten Dank auszusprechen.

Nach seiner Rede, in der er die Hoffnung aussprach, daß auf dem Wege der friedlichen Wiederaufrichtung Deutschlands und des Ausgleichs unter den Völkern auch ferner Fortschritte zu verzeichnen sein mögen, legte der Botschafter namens der Deutschen in Paris einen Kranz nieder. Für die deutschen Frauen wurde ein Kranz von Frau Gesandschaftsrat Riesser niedergelegt. Auch eine ganze Reihe anwesender Deutschen legten ebenfalls Blumenspenden nieder.

Unter dem Verdacht des Landesverrats.

Verhaftung eines hessischen Regierungsbeamten.

Regierungsrat Fuchs, Beamter im hessischen Ministerium des Innern, wurde unter dem Verdachte des Landesverrates seines Amtes enthoben.

Der Anschuldigung liegt die Tatsache zugrunde, daß man bei der Festnahme einer Frau in Mainz, die mit Franzosen in intimen Beziehungen stand, wichtige Akten fand, die nach Angabe der Verhafteten von Regierungsrat Fuchs stammten. Fuchs war früher Bürgermeister in dem Mainzer Vorort Gonsenheim, später Kreiswohlfahrtsinspektor und hatte zuletzt im Ministerium des Innern das Referat für Polizeiwesen. Der Fall erregt in ganz Hessen größtes Aufsehen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF